

Der Vorsitzende der Wirtschaftsministerkonferenz
c/o Bundesrat, 11055 Berlin

An den
Bundesminister
für Wirtschaft und Technologie
Herrn Michael Glos
Scharnhorststraße 34 - 37
10115 Berlin

Telefon: 030/18 9100 - 204

Bearbeiter/in: Herr Niels

Aktenzeichen: K 11, Bd. 143 // III A 2 - 2 - 2

Berlin, ³¹ . Juli 2008

Gemeinsamer Beschluss der Umweltministerkonferenz und der Wirtschaftsministerkonferenz zu den Vorschlägen der EU zur integrierten Klimaschutz- und Energiepolitik

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

anliegend übersenden wir Ihnen einen Beschluss zur Bewertung der Vorschläge der EU-Kommission zur integrierten Klimaschutz- und Energiepolitik, den die Umweltministerkonferenz und die Wirtschaftsministerkonferenz im Rahmen ihrer Sitzungen am 5./6. Juni 2008 in Mainz bzw. am 9./10. Juni 2008 in Regensburg jeweils einstimmig gefasst haben.

Die beiden Fachministerkonferenzen unterstützen in diesem Beschluss den Ansatz der EU-Kommission, nach dem die zur Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs notwendige Senkung der Treibhausgasemissionen durch eine Verknüpfung energie- und klimapolitischer Maßnahmen erreicht werden soll. In den Ziffern 3 bis 5 des Beschlusses werden wesentliche Aspekte formuliert, die bei der Ausgestaltung der europäischen Klimaschutz- und Energiepolitik berücksichtigt werden müssen. Dies sind insbesondere

- die Sicherung ausreichender Gestaltungsmöglichkeiten für die Mitgliedstaaten, um im Sinne des Subsidiaritätsprinzips mit spezifischen Regelungen auf strukturelle Besonderheiten reagieren zu können, wobei keine Wettbewerbsverzerrungen entstehen sollen,
- die gleichrangige Beachtung der Ziele Umweltverträglichkeit und Begrenzung des Kli-

Briefpostanschrift:
c/o Bundesrat
11055 Berlin

Hausanschrift:
Leipziger Str. 3-4
10117 Berlin

Telefon: 030/18 91 00 - 0 oder
0 18 88 – 91 00 - 0
Durchwahl: -200/-204/-203/-206
Telefax: 030/18 91 00 - 218 oder
0 18 88 – 91 00 - 218
E-Mail: mail-wmk@bundesrat.de

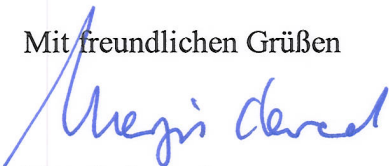
mawandels auf der einen sowie Sicherheit und Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung auf der anderen Seite im Sinne des Prinzips der Nachhaltigkeit und

- die Verhinderung von negativen Wechselwirkungen, die durch den Einsatz sehr verschiedener Instrumente – sie reichen von ordnungspolitischen Vorgaben für den Energiebinnenmarkt über Steuerungsinstrumente wie den Emissionshandel bis zu direkten staatlichen Beihilfen – entstehen könnten.

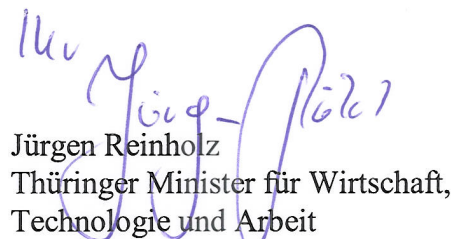
Die Ziffer 6 fasst besonders wichtige, in den relevanten Beschlüssen des Bundesrates bereits niedergelegte Positionen zu den einzelnen Regelungsvorschlägen der Europäischen Kommission zusammen. Einzelheiten entnehmen Sie bitte dem anliegenden Beschluss. Ebenfalls beigefügt ist diesem Schreiben der im Beschluss erwähnte Bericht einer gemeinsamen Arbeitsgruppe beider Fachministerkonferenzen.

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie die gemeinsamen Anliegen der Umweltministerkonferenz und der Wirtschaftsministerkonferenz in den anstehenden Verhandlungen mit der Europäischen Kommission berücksichtigen würden.

Mit freundlichen Grüßen



Margit Conrad
Staatsministerin für Umwelt, Forsten
und Verbraucherschutz
des Landes Rheinland-Pfalz



Jürgen Reinholz
Thüringer Minister für Wirtschaft,
Technologie und Arbeit

Anlagen